

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 46

Artikel: Die kommende Atommacht China
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076414>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die kommende Atommacht China

Am 1. August 1960 trat der chinesische Premier Tschu En-lai auf einem Empfang in der Schweizerischen Botschaft in Peking für die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone ein. Tschu En-lai ging in seiner Rede u. a. davon aus, dass in der Welt noch immer aggressive militärische Blocks bestehen. Er wies in diesem Zusammenhang auf die im Fernen Osten bestehende SEATO hin, welche seiner Ansicht nach China gegenüber feindlich eingestellt sei und es einzukreisen versuche, und erklärte: «China wird sich dieser Einkreisung energisch widersetzen. Wir raten und treten dafür ein, dass die Länder in Asien und um den Pazifik, einschliesslich der USA, einen Friedens- und Nichtangriffspakt schliessen und die Gesamtheit dieses Gebietes in eine kernwaffenfreie Zone verwandeln...»

China ist bestrebt, einen Gürtel des Vakuums zu schaffen, während es selbst die Kernwaffen, die es in diesem Raum abgeschafft wissen möchte, entwickelt. Die Anstrengungen sind schon weit gediehen.

Bereits im Jahre 1955 wurde von der chinesischen Academia Sinica ein Plan ausgearbeitet, der u. a. auch die Forschung auf dem Gebiete der «friedlichen Nutzung der Atomenergie» vorsah. Dieses Forschungswerk sollte in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Forschungsstellen der Sowjetunion mit Nachdruck betrieben werden. Auch für diesen Forschungszweig hatte der für die Naturwissenschaften allgemein zugrunde liegende Zwölfjahresplan (1956—1967) Gültigkeit. Nach diesem Plan sind die Wissenschaftler verpflichtet, innerhalb der vorgesehenen Periode das Niveau der freien Welt womöglich zu überflügeln.

Planung im Ostblockrahmen

Im Jahre 1956 bestanden für dieses moderne Forschungsgebiet in China noch nicht die notwendigen Voraussetzungen. Die wissenschaftliche Ausrüstung war unzureichend, die Anzahl der Spezialisten ausserordentlich begrenzt. Ein Sprung in das Atomzeitalter ist aber nicht ohne Koordinierung der wissenschaftlichen Forschungszentren auf breiter Basis möglich. Deshalb hatte die Atomstation, die im Rahmen des ersten Fünfjahresplanes (1953 bis 1957) mit sowjetischer Hilfe in Peking errichtet wurde, zunächst mehr symbolischen Charakter.

Noch ist Moskau massgebend...

Dass aber China seine Bemühungen auf diesem Forschungsgebiet energisch vorantreibt, geht aus der Entwicklung in der jüngsten Vergangenheit hervor. Die Entwicklung der Atomwissenschaft wird mit beträchtlicher sowjetischer Hilfe durchgeführt. Die Zentrale für Atomforschung befindet sich in Dubna bei Moskau. Dieses nukleare Forschungsinstitut wurde 1956 von der Sowjetunion, der Chinesischen Volksrepublik und 9 Satellitenstaaten eingerichtet. Der stellvertretende Leiter des Instituts ist der Chinese Wang Kangchang, der auf dem Gebiete der Kernforschung Bedeutendes geleistet hat. Unter

Diejenigen, welche von der sowjetischen Verantwortlichkeit für die Tätigkeit Chinas sprechen, sollten wissen, dass die Chinesische Volksrepublik niemandes Protektion braucht. Die Regierung der Chinesischen Volksrepublik verfolgt ihre eigene Politik und vertritt würdig ihr eigenes Volk.

Chruschtschew vor dem Obersten Sowjet, 31. Oktober 1959.

seiner Leitung wurden in diesem Jahr erstmalig schwere Partikel von XI-Minus Hyperonen, durch Verwendung von Proton und Synchrotron gewonnen. Ein anderer bedeutender Kernphysiker, der an diesen Forschungsarbeiten teilnahm, ist der Chinese Ting Ta-tschao. Das Institut in Dubna nahm Ende Mai dieses Jahres einen zweiten Fünfjahresplan (1961—1965) an. Dieser Plan sieht u. a. eine umseitige Zusammenarbeit zwischen den wissenschaftlichen Instituten der sozialistischen Länder bezüglich der friedlichen Nutzung der Atomenergie vor. Ferner wurde eine Energie-sektion eingesetzt mit der Aufgabe, bei der Organisation der Forschungsarbeiten für Atomreaktoren und Acceleratoren, die mit sowjetischer Hilfe in den sozialistischen Ländern gebaut werden, Hilfe zu leisten.

... aber Peking sucht Eigenständigkeit

Gemäss dem Plan des Institutes in Dubna stellte die Sowjetunion China Fachleute und Ausrüstungen zur Verfügung. Diese bestehende Zentralisierung der Atomforschung dürfte aber im Laufe der Zeit einer gewissen Dezentralisierung Platz machen bzw. sich um zwei Pole gruppieren; denn China plant während des zweiten Fünfjahresplanes (1958—1962) — neben den bisher bestehenden, von der Sowjetunion unterstützten Forschungsinstituten für Atomphysik in Peking, Shanghai und anderen Orten — weitere eigenständige Forschungsinstitute für Atomphysik einzurichten. Hier zeichnet sich eine Entwicklung ab, welche darauf hinausläuft, dass China auch auf dem Gebiete der Kernwaffenforschung nicht nur eine eigene Stellung innerhalb des Ostblocks, sondern vor allem eine führende Stellung in Asien anstrebt. Letzteres wird, auf lange Sicht gesehen, nicht allein auf wissenschaftlichen, sondern besonders auch auf strategisch-militärischem und nicht zuletzt auf politischem Gebiet weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen.

Bereits bestehende Anlagen

Auf chinesischem Territorium bestehen drei Atomzentren: eines 120 km westlich von Mandschuria, eines im Raume Taijien, Provinz Shansi, ein drittes bei Hsiangjang, Provinz Wuchang. Während des ersten Fünfjahresplanes wurde in Peking mit sowjetischer Hilfe eine Atomstation errichtet. Ausserdem wurde der erste Atomreaktor mit schwerem Wasser und einer Kapazität von 7000 kW sowie ein Zyklotron von 25 Millionen Elektronenvolt in Betrieb genommen. Von chinesischen Gelehrten wurden ein elektrostatischer Generator, ein Elektronenmultiplikator und ein Betastrahlenspektrometer für Höhenstrahlung fertiggestellt. Auf dem Gebiete der Halbleiterforschung wurden grosse Fortschritte erzielt.

In der Gewinnung von Uran, Thorium und anderen spaltbaren Stoffen aus einheimischen Erzen sowie in der Analyse dieser Stoffe konnten positive Ergebnisse erzielt werden. Die wissenschaftlichen Organisationen, die sich mit Forschungen auf den Gebieten der Geologie, des Erdöls, der Energetik, des Hüttenwesens und des Gesundheitsschutzes befassen, wenden bereits in grossem Umfang radioaktive Isotope an.

Ende September 1958 wurde ein weiterer Experimentier-Atomreaktor mit einer Kapazität von 10 000 kW, mit Hilfe der Sowjetunion, in Dienst gestellt. Die Forschungsinstitute arbeiten ausserdem an der Herstellung von kleineren Experimentierreaktoren. Auch wurde die erste elektronische Rechenmaschine in Betrieb genommen.

Hindernisse zur Autarkie

Neben den absolut ernstzunehmenden Leistungen der rotchinesischen Wissenschaft auf dem Gebiete der Atomforschung muss festgestellt werden, dass zwischen den Plänen und den Fakten noch eine recht beachtliche Diskrepanz besteht. Die objektiven Schwierigkeiten liegen für diesen Wissenschaftszweig im Gelehrtenmangel,

Meldungen von morgen

Ungarischer Propagandafeldzug gegen Jugoslawien in Vorbereitung? Erstmals seit Jahren wurde in der ungarischen Presse mit Betonung vom jugoslawischen «Vielvölkerstaat» gesprochen, ein Ausdruck, mit dem Ende der zwanziger Jahre die Komintern das damalige Königreich befandete. Das Wort wird im ungarischen Sprachgebrauch praktisch nur mit einem aggressiven politischen Unterton verwendet, wenn die natürliche Zusammengehörigkeit verschiedener Teile eines Staatengebildes in Zweifel gezogen werden soll. Mögliche Erklärung: Die jugoslawische Sonderstellung im Ostblock hätte auf der Moskauer Gipfelkonferenz Polen veranlasst, ebenfalls auf stärkere Unabhängigkeit zu pochen. Die linientreuen Satellitenstaaten hätten hierauf von Moskau die geheime Weisung erhalten, das Uebel an der Quelle zu bekämpfen.

*

Nach zweijährigen Bemühungen wird nun voraussichtlich im nächsten Jahr in den staatlichen Schulen Kenias die Rassenintegration beschlossen und ab 1962 durchgeführt werden. Sofern bis dahin die Farbigen, was man beim Tempo der afrikanischen Entwicklung nie sicher weiss, noch mit den Weissen zusammensitzen wollen.

*

Die politisch noch nicht erfolgte Stellungnahme der USA im laotischen Konflikt scheint finanztechnisch bereits vorbestimmt. Hilfgelder für die neutralistische Regierung von Prinz Souvanna Phouma wurden in Ventiane zurückgehalten, wogegen die provestlichen Aufständischen in Luang Prabang ausbezahlt wurden. Washington kommt für die Armeegehälter beider sich bekämpfenden Lager auf. Vom Dollarsegen ausgeschlossen war lediglich der kommunistische Pathet Laos.

*

Auf getarnte Rüstung dürfte in der Sowjetunion die gegenwärtige starke Forcierung hinauslaufen. Nitro-Zellulose ist ein wichtiges Produkt zur Sprengstoffherstellung. Eine einfachere, aber nicht harmlosere Begründung: Die riesigen Mengen von gedrucktem kommunistischem Propagandamaterial, das in allen möglichen Formen in aller Welt zur Verteilung gelangt.

in der Heranbildung eines qualifizierten Nachwuchses und nicht zuletzt in der überspitzten Planung selbst begründet. Der Mangel an naturwissenschaftlichen Fachkräften gründet sich u. a. auf eine traditionelle Geringschätzung dieser Wissensgebiete im alten China. So erwies es sich als notwendig, zunächst zum Aufbau dieses neuen Wissenschaftszweiges sowjetische Hilfe in Anspruch zu nehmen, um später, wenn man über genügendes eigenes Fachpersonal verfügt, einer gewissen Bipolarität Platz zu machen.

Aus diesen Fakten ergibt sich klar die Entwicklungstendenz Chinas, sich auf dem Gebiete der Kernforschung mit der Zeit selbständig zu machen und damit innerhalb des Ostblocks ein gewisses Gegengewicht zu schaffen. Wenn daher in der westlichen Presse Nachrichten verbreitet werden, die für das nächste Jahr den ersten Atombombenversuch Chinas voraussagen, so ist ein solcher auf Grund der vorhandenen Anlagen durchaus möglich. Dennoch kann China, soweit es die Forschung betrifft, deshalb kaum in der nächsten Zukunft als führende Atommacht in Betracht gezogen werden, wohl aber in spe.

Der Vorteil, nicht zur UNO zu gehören

China ist aber nicht nur bemüht auf dem Gebiete der Kernforschung innerhalb des Ostblocks eigene Forschungsergebnisse zu erzielen, sondern legt zurzeit noch Wert auf eine koordinierte Zusammenarbeit mit demselben in der Atomwaffenproduktion. Noch ehe Chruschtschew dem Westen Vorschläge zur «Einstellung der Kernwaffenversuche» vorlegte, waren auf chinesischem Territorium atomare Waffenproduktionszentren errichtet worden. Es erwies sich für den eurasiatisch-kommunistischen Block hier von Vorteil, dass China nicht den UN angehörte, denn, falls es zwischen der Sowjetunion und der westlichen Welt zu einem Abkommen über die Abrüstungskontrolle kommen würde, wäre China dadurch nicht verpflichtet und würde zur Atomrüstungskammer im Verborgenen des Ostblocks. Darin ist aber auch eine gewisse Gefahrenquelle beschlossen, denn innerhalb des kommunistischen Blocks ist dadurch für Moskau notwendigerweise ein recht unbedeutendes Abhängigkeitsverhältnis von Peking gegeben. Der anhaltende und sich ständig vertiefende ideologische Konflikt zwischen Peking und Moskau trägt ein übriges dazu bei, nicht absehbare Perspektiven, sowohl in bezug auf den kommunistischen Block als auch auf die freie Welt, von weltpolitischer und strategischer Bedeutung in dieser Beziehung offenzulassen.

Bevölkerung

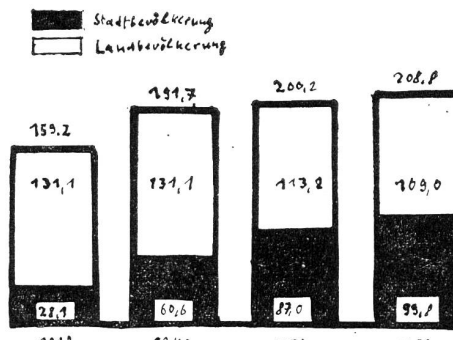
Sowjetunion

Mässige Landflucht

Bei einer zunehmenden Gesamteinwohnerzahl ist eine Abnahme der Landbevölkerung ein heute allgemein übliches Bild. Die Sowjetunion macht hier keine Ausnahme. Ueberwogen die Bauern 1913 die Städter im Verhältnis von 4:1, so halten sich heute die beiden Bevölkerungsschichten ungefähr im Verhältnis von 1:1 die Waage.

Dennoch hat die Landflucht im Vergleich zu westlichen Ländern noch keine krassen Ausmasse angenommen. In bezug auf die Erschliessung neuer Territorien als Nutz-

Bevölkerungszahl der UdSSR
(Millionen)



land hat die Sowjetunion immer noch Reserven, während anderswo das Agrarland durch die dichtere Besiedlung immer mehr verringert wird. Gerade Chruschtschew hat durch seine grossen Projekte zur Neulandgewinnung in Sibirien und Kasakstan grösstes Gewicht auf die Ausweitung des Agrarwesens gelegt. Auch diese Gebiete sollen übrigens durch die geplanten «Agrostädte» vermehrt urbane Zentren erhalten, die aber trotz einiger Anläufe noch nicht Wirklichkeit geworden sind. Kräftig vorangetrieben wird hingegen die Zusammenlegung von landwirtschaftlichen Betrieben in Grosskolchosen und die Schaffung von Sowchosen (KB, Nr. 42), eine Entwicklung, die sich als Erfolg oder Misserfolg noch nicht klar überblicken lässt.

Landwirtschaft

Polen

Kein Sonderfall mehr

Polen, das in mancher Beziehung eine Sonderstellung unter den Ostblockstaaten einnimmt, wird jetzt auf einigen Gebieten in beschleunigtem Tempo den übrigen Satelliten gleichgeschaltet. Ein sehr ernstzunehmender Schritt in dieser Richtung wird dieser Tage auf dem Agrarsektor vollzogen, wie zwei relativ lakonischen Pressemeldungen der «Trybuna Ludu» zu entnehmen ist.

Die Zusammenlegung von Kollektivwirtschaften nach sowjetischem Muster ist in einer ersten Provinz bereits ins Beschlussstadium getreten, und das Landwirtschaftsministerium hat eine Gesetzesvorlage über die staatliche Uebernahme privater Bauernbetriebe in Vorbereitung.

In manchen Bezirken der Wojewodschaft Bydgoszcz (Bromberg), heisst es, beabsichtigten die Mitglieder benachbarter Produktionsgenossenschaften, diese in grosse, hochproduktive Kollektivwirtschaften zusammenzulegen. Ferner hätten die Genossenschaften, in denen bisher nur die Feldwirtschaft gemeinsam betrieben wurde, beschlossen, nun auch die Viehzucht zu kollektivieren.

Gewiss, das ist nur ein relativ bescheidener Anfang, aber er bedeutet doch im Prinzip den direkten, verschiedenen Zwischenstufen in einem Zuge durchlaufenden Anschluss an die grosse Bewegung der Kolchoszusammenlegung, die in der Sowjetunion selbst gegen verschiedene Hindernisse recht gewaltsam durchgeführt wird.

Wie schnell eine solche Entwicklung in Polen möglich wäre, ist allerdings noch eine offene Frage. Bydgoszcz ist die stärkstkol-

lektivierte Provinz eines Landes, dessen Boden noch zu 86 Prozent in privaten Händen liegt. Den eigentlichen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gehören sogar nur ein Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche, und 13 Prozent werden von landwirtschaftlichen Vereinen, einer Mittellösung zwischen privatem und kollektivem Betrieb, verwaltet. Aber unbeschadet um die unmittelbar vielleicht nicht allzu grossen praktischen Auswirkungen steht als Tatsache fest, dass die Richtung zur sowjetischen Grosskolchose eingeschlagen ist.

Ende Oktober war in der sowjetischen Presse zu lesen gewesen, dass 350 polnische Landwirtschaftssachverständige ausgedehnte Besichtigungsreisen durch die Unionsrepubliken unternommen hätten. Wozu, das scheint jetzt klar geworden zu sein.

Die Meldung von der Ueberführung nicht bebauter oder vernachlässigter Agrarbetriebe in Staatseigentum gewinnt in diesem Zusammenhang an Bedeutung, nämlich als Schritt gegen die Sowchose sowjetischer Prägung.

An sich würde es sich bei der zu entwerfenden Legislation eher um eine Präzisierung bereits bestehender Vorschriften handeln. Schon das Gesetz von 1952 sah für privatwirtschaftliche Bauernbetriebe eine obligatorische Nutzung vor, ansonst sie dem Staat verfallen würden. Dies entsprach sinngemäss einer in allen Satellitenstaaten gültigen Regelung. Nun wird klargestellt, dass vernachlässigter Boden auch dann staatlich requiriert wird, wenn er verpachtet wurde. Die Eigentümer können sich nicht auf die Verantwortung der Pächter berufen und haben auch keinen Anspruch auf Entschädigung. Sie haben im Gegenteil alle den Boden belastenden finanziellen Verpflichtungen auszugleichen.

Wenn auch das in Aussicht stehende neue Gesetz (in unserem Sinne vermutlich eher eine Neufassung) nicht eine umwälzende Neuerung darstellt, so ist das Bestreben zu einer schärferen Handhabung der Vorschriften unmissverständlich erkennbar. Und dieser kommt in kommunistischen Staaten noch grösseres Gewicht zu als bei uns.

Chruschtschews Agrarpolitik in der Sowjetunion ist im allgemeinen für alle Satellitenstaaten massgebend geworden, obwohl sie die Grosskolchose mit ihrer Bürokratie keineswegs als eindeutiger Erfolg herausstellte. Auch in andern osteuropäischen Ländern scheinen die Erfahrungen nicht positiv schlüssig.

Was die Gleichschaltung Polens an die übrigen Satellitenstaaten angeht, steht die Neuorientierung der Agrarpolitik nicht ganz isoliert aber auch nicht ganz ohne gegenläufige Tendenzen da. Der Aufhebung katholischer Feiertage (KB, Nr. 44) etwa könnte ein zum Teil immer noch verstärkter Zug zum Westen in handelspolitischer und vor allem in kultureller Beziehung gegenüber gestellt werden. Beispielsweise spricht etwa «Dziennik Łódzki» mit ausgesprochener Gutheissung vom Englischunterricht bereits auf der Kindergartenstufe, der sich in Łódz gegenwärtig allgemein durchzusetzen scheint.

Nicht unmöglich scheint es deshalb, dass mit verstärkter Angleichung auf einigen Gebieten verstärkte Unabhängigkeit auf andern Gebieten gleichsam eingehandelt werden soll.